

Ein umfassendes  
Verhandlungsmandat für  
die künftigen Beziehungen  
zwischen der Europäischen  
Union und dem Vereinigten  
Königreich nach dem  
BREXIT – Für eine faire und  
enge Partnerschaft

**Freie  
Demokraten**

Fraktion im  
Bundestag **FDP**

# Umfassendes Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und VK nach dem BREXIT

## Kritische Kernpunkte:

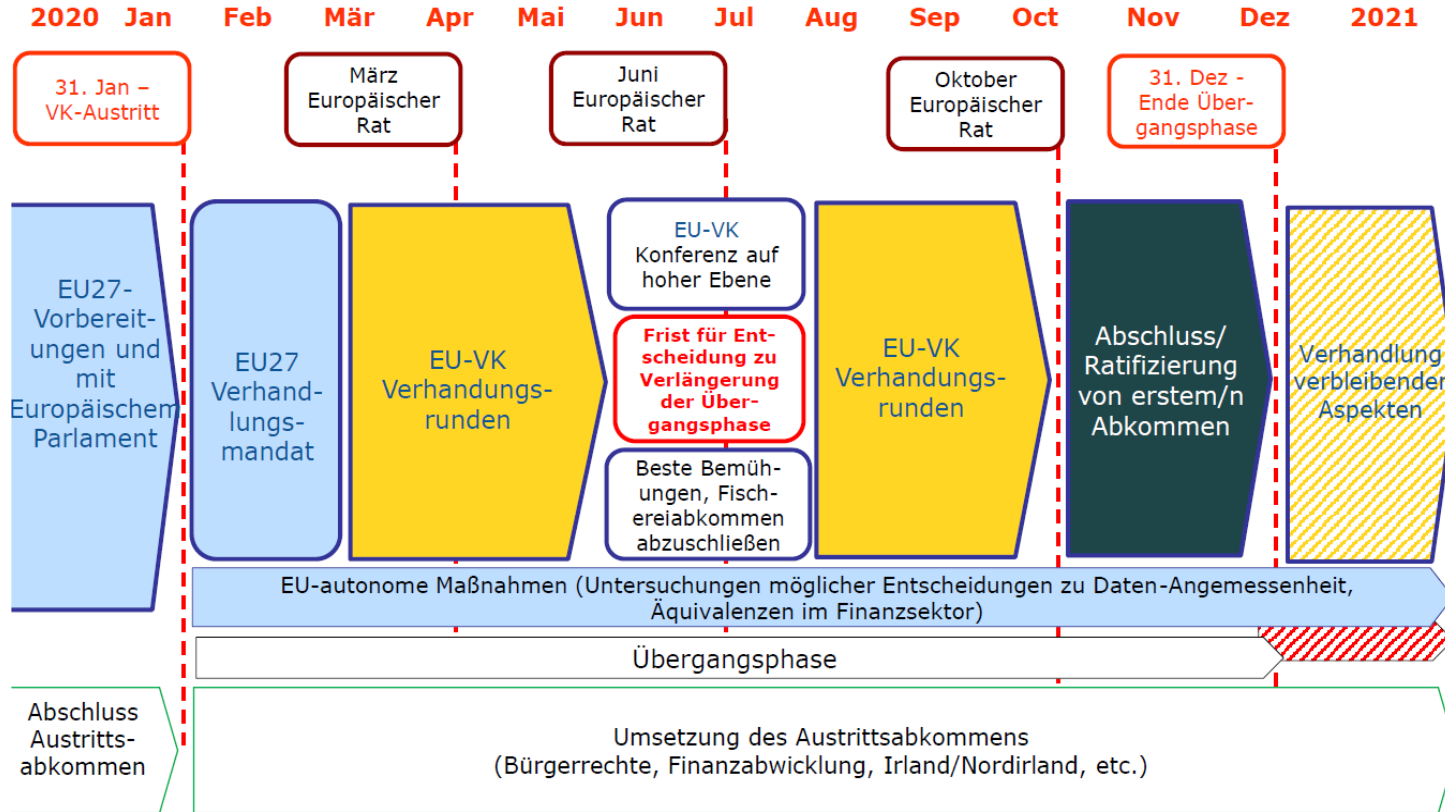
- GroKo legt (evtl. mit Grünen) **Antrag zum Verhandlungsmandat** über die zukünftigen Beziehungen zwischen EU und VK vor
- **Vage Positionierung bei Zeitschiene und Format** der Verhandlungen
- insbesondere **fehlt wichtige Forderung zur Verhandlung eines EU-Only-Abkommens**, um einen No-Deal-Brexit nach der Übergangsphase endgültig auszuschließen
- Außerdem **umfangreiche, undifferenzierte Anforderungen bei Standards** (insb. Umwelt, Klima, Sozial-, Arbeits-, Verbraucherschutz)

# Umfassendes Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und VK nach dem BREXIT

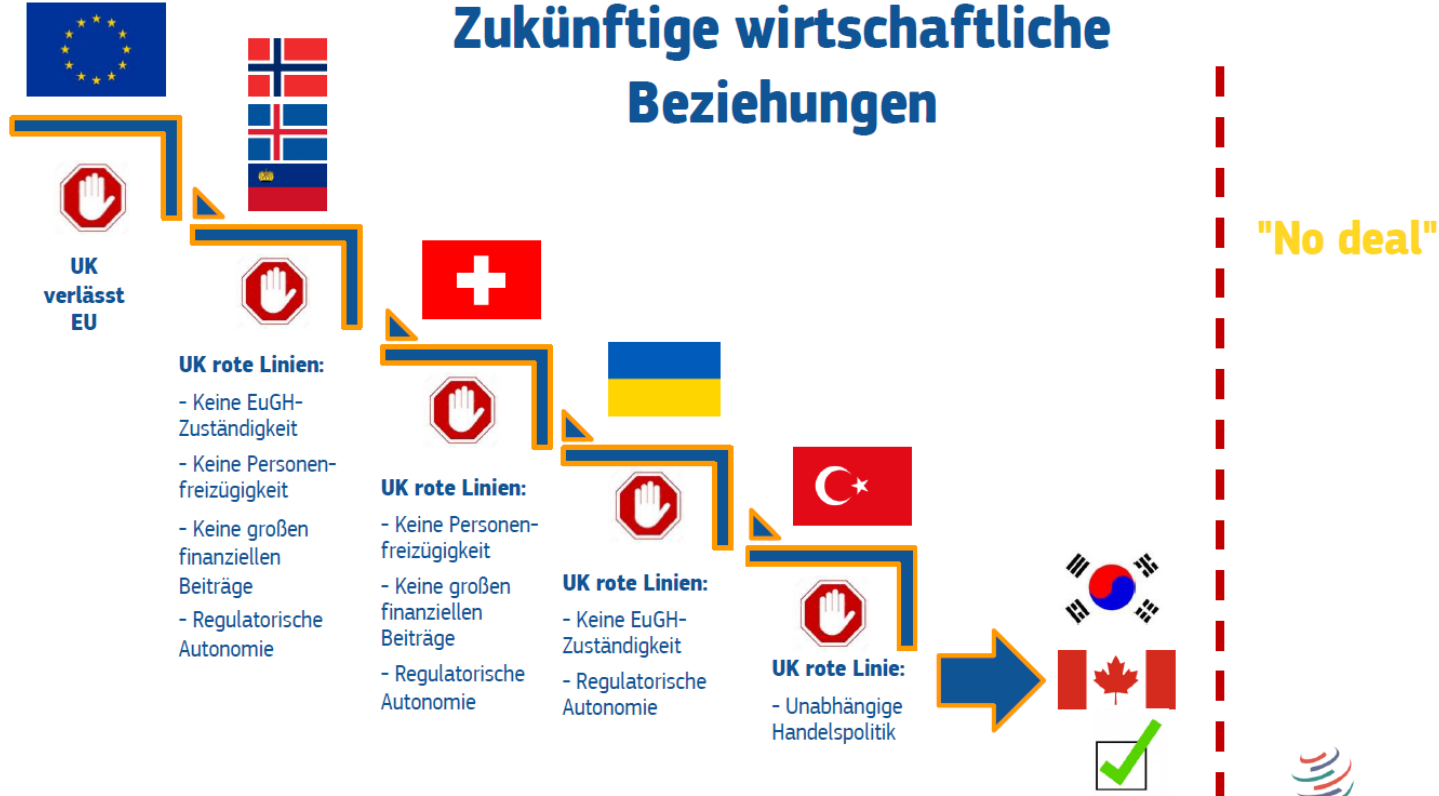
## Zusammenarbeit im Vorfeld:

- **Entgegenkommen der GroKo ggü. Grünen**, z.B. Verschärfung von Forderung nach dynamischer Übernahme neuer EU-Rechtsvorschriften durch das VK → erschwert Verhandlungen
- **Kein Entgegenkommen der GroKo ggü. FDP** bei Forderung nach EU-Only-Abkommen → realpolitisch unausweichlich

# Verhandlungen zur künftigen EU-VK Beziehung:



# Zukünftige wirtschaftliche Beziehungen



## EU/VK-Rahmen zur künftigen Beziehung

### Institutioneller Rahmen

#### Wirtschaftliche Partnerschaft

##### Freihandelsabkommen und sektorielle Zusammenarbeit

Güterhandel  
Zusammenarbeit in Zollfragen  
Dienstleistungen und Investitionen  
Rahmen zur regulatorischen Zusammenarbeit  
Fischerei  
Verkehr  
Mobilität von Bürgern

Level playing field/  
faire Wettbewerbsbedingungen

#### Sicherheitspartnerschaft

##### Polizei- und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

(Drittstaat außerhalb Schengens/  
keine Personenfreizügigkeit)

##### Datenaustausch

Zusammenarbeit zwischen  
Strafverfolgungs- und  
Justizbehörden

Bekämpfung von Geldwäsche  
und Terrorismusfinanzierung

##### Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Strategischer Dialog  
Sanktionen  
Teilnahme an EU-geleiteten  
Operationen und Missionen  
Entwicklung der  
Verteidigungsfähigkeit  
Nachrichtendienstlicher  
Austausch  
Raumfahrt  
Entwicklung

### EU-rechtliche Grundlage für Drittstaatenbeteiligung an EU-Programmen (\*)

z.B. Horizon Europe

### EU-autonome Maßnahmen

z.B. Drittstaatenäquivalenzen im Finanzsektor, Angemessenheitsentscheidung im Datenschutz

(\*) Assoziierungsrahmen zu erörtern im Kontext des Mehrjährigen Finanzrahmens

# Unsere eigene Initiative

## Kurze Vorstellung:

Das **Worst-Case-Szenario eines No-Deal-Brexit ist noch nicht gebannt**. Es birgt große finanzielle und wirtschaftliche Risiken. Um dies endgültig zu verhindern, fordern wir, dass sich die **Bundesregierung im Rat für ein „EU-only-Freihandelsabkommen“ einsetzt**.

Insbesondere **während der EU-Ratspräsidentschaft muss Deutschland den Abschluss eines FTA vorantreiben und Verhandlungen weiterführender, Abkommen vorbereiten**.

## Kernpunkte des Antrags:

- BReg muss sich im Rat der Europäischen Union für ein **Verhandlungsmandat im Sinne eines EU-Only-FTA** einsetzen
- BReg muss deutlich machen, dass die **Verhandlungen die Interessen aller EU-Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen** (Einheit der EU 27!) und **ein Level-Playing-Field** schaffen, ohne Zwang zur 1:1 Übernahme von Standards
- BReg muss konkrete Schritte einleiten, um **Unternehmen die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen nach Ablauf der Übergangsphase zu erleichtern**, z.B. durch Vereinfachung EU-Zollkodex, Nutzung zentraler Zoll-Software



## Unser Votum:

- GroKo-Antrag: Enthaltung
- Unser eigener Antrag: Zustimmung

# Kontakt

*Michael Georg Link MdB*

*Europapolitischer Sprecher der Fraktion der  
Freien Demokraten im Deutschen Bundestag*

*[michael.link@bundestag.de](mailto:michael.link@bundestag.de)*

